

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **31 (1951-1952)**

Heft 12

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Zur Lage

Mit lebhaftem Bedauern hat man vernehmen müssen, daß der Große Ausschuß des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes nun doch dem Druck des linken Flügels der Gewerkschaftsbewegung nachgegeben und beschlossen hat, die *«Gemeinsame Erklärung der wirtschaftlichen Spitzenverbände zur Preis- und Lohnpolitik»* nicht zu unterzeichnen. Damit stellt sich die Organisation der Arbeitnehmerschaft außerhalb der Bemühungen zur Verhütung der Inflation, wie sie bekanntermaßen auch von behördlicher Seite laufend unternommen werden. Zur Begründung dieser Haltung weist der Große Ausschuß des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes darauf hin, es sei ihm nicht möglich, eine Erklärung zu unterzeichnen, die ihn hindern würde, die sozialen und wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder zu wahren. Gleichzeitig legt die Organisation der Arbeitnehmer Gewicht auf eine wirksame Preiskontrolle. Ihre Bestrebungen decken sich darin ohne Zweifel mit der Tendenz, die *Preiskontrolle zu einer Dauereinrichtung* zu erheben. Es ist bemerkenswert, daß bereits ein Entwurf zu einem Bundesbeschluß über die Preiskontrolle vorliegt, über welchen die Diskussion eben eröffnet worden ist. Es soll ein Zusatz zur Verfassung geschaffen werden, der vorerst einmal fünf Jahre Gültigkeit haben soll, wobei, wie stets in solchen Fällen, natürlich Verlängerungsmöglichkeiten vorgesehen werden. Dies wäre nun zweifellos eine höchst bedeutsame Entscheidung grundsätzlicher Natur, und zu dieser Entscheidung werden am Ende Volk und Stände aufgerufen werden. Mit Recht betonen aber jetzt schon die Kreise der freien Wirtschaft, daß die Voraussetzungen für eine langfristige Verankerung derart schwerwiegender Maßnahmen nicht gegeben sind und daß daher die Vorlage zu bekämpfen sei. Es wäre auch wirklich schwer einzusehen, wieso zu einem Zeitpunkt, da das Vollmachtenrecht abzubauen ist, eine solche Maßnahme getroffen werden soll, zumal heute kaum mehr von einer Mangellage gesprochen werden kann.

Im Sinne der behördlichen *Bekämpfung inflationärer Erscheinungen* hat der Bundesrat beschlossen, die Bauprogramme der Bundesverwaltung und der Regiebetriebe im Jahre 1952 um 20% einzuschränken. Man wird diesen Beschluß begrüßen, zumal die Bautätigkeit der öffentlichen Hand gewaltig übersetzt ist. In diesem Sinne hat man auch mit Zustimmung die Nachricht vernommen, daß nun der geplante Neubau der Basler Mustermesse, der zum Teil mit Geldern des AHV-Fonds finanziert wird, bis zum Jahre 1953 zurückgestellt werden soll.

Wie die Dinge heute liegen, bestehen Anhaltspunkte dafür, daß sich das Ausmaß der inflationären Entwicklung in nächster Zeit vorerst nicht mehr wesentlich verstärken wird. Auf den ausländischen Märkten sind zum Teil scharfe *Preisrückgänge* eingetreten, welche ihrerseits wohl auf die Streckung der Rüstungsprogramme und auf die Wahrscheinlichkeit eines Waffenstillstandes in Korea zurückzuführen sind. Der schweizerische Index der Lebenshaltungskosten hat sich denn auch im

Monat Januar nicht weiter erhöht. Immerhin ist für die nächsten Monate noch mit einigen Preisauftrieben im Inland zu rechnen, wobei zur Hauptsache die Forderung auf *Erhöhung des Milchpreises* im Vordergrund steht. Bemerkenswerterweise sind diese Begehren vorerst noch zurückgestellt worden, und man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß dieser Umstand auf die bevorstehende Abstimmung über das Landwirtschaftsgesetz zurückzuführen sei.

Mit Interesse und Zustimmung hat man vernommen, daß die *Freisinnige Partei des Kantons Zürich* gegen den Bundesbeschluß über die *Tabakkontingentierung* für die Stumpenindustrie das *Referendum* ergriffen hat. Damit werden Volk und Stände Gelegenheit haben, über diese Vorlage zu entscheiden, welche einen schwerwiegenden Eingriff in die Handels- und Gewerbefreiheit darstellt und zudem als verfassungswidrig bezeichnet werden muß.

Es seien endlich noch zwei Blickpunkte aus dem Bereiche der *«Partei der Arbeit»* aufgezeichnet. In absoluter Geschlossenheit haben die eidgenössischen Räte die kommunistische Initiative auf Abschaffung der Warenumsatzsteuer abgelehnt, indem im Ständerat kein einziges Mitglied für die Initiative eintrat, während im Nationalrat die Vertreter der *«Partei der Arbeit»* unter sich blieben. Inzwischen sind innerhalb dieser Partei heftige Differenzen ausgebrochen, indem Léon Nicole den Posten eines Chefredaktors der kommunistischen *«Voix Ouvrière»* aufgeben mußte. Nun heißt es, daß er eine eigene Zeitung herausgeben will. Welche Umstände den Differenzen zu Grunde liegen, läßt sich noch nicht klar überblicken; es ist indessen anzunehmen, daß es sich dabei um jene Auseinandersetzung handelt, die auch in kommunistischen Gruppierungen des Auslandes beobachtet werden kann: nämlich um eine Auseinandersetzung zwischen den Parteimitgliedern, welche den Weisungen Moskaus blind entsprechen, und jenen andern, die sich noch eine gewisse Unabhängigkeit wahren möchten.

Jann v. Sprecher

Bericht aus Ostdeutschland

Von der neuen Situation

Hat sie sich überhaupt verändert? Ist das nicht das Schlimme für die Menschen drüben, daß gar nichts anders wird? Nun, etwas bleibt sich freilich gleich: die unerbittliche *Konsequenz* der Veränderung und die Eindeutigkeit ihrer Richtung — nämlich zu einer Radikalisierung aller Tendenzen.

Um das recht zu verstehen, muß man etwas bedenken, etwas sehr einfaches. Nämlich dies, daß die beiden Seiten einer Diktatur: der herrschende Apparat und die unterdrückten Menschen, das quälende System und das leidende Volk nicht voneinander zu trennen sind. Wir machen den Fehler, immer nur zu fragen, was tut der Apparat mit den Menschen?, aber nie, was tun die Menschen mit dem Apparat? Man wird einwenden, das sei doch gerade die Not, daß der Terror die Menschen völlig wehrlos gemacht hat. Das ist richtig. Und nichts wäre verfehlter, als die Einmütigkeit und Heftigkeit, mit welcher die Bevölkerung das System ablehnt, an einem sichtbaren Widerstand ablesen oder gar noch aus sicherer Entfernung dazu aufrufen zu wollen. Was soll dann aber noch die Frage nach dem Verhalten der Menschen? Wehrloses Opfer in der Hand eines allgewaltigen Pei-

nigers — wie sollte das Volk da noch selbst den Lauf der Dinge lenken; es ist doch rettungslos dem Willen der Gewalthaber ausgeliefert? Wenn das mit dem wehrlosen Ausgeliefertsein so einfach wäre! Die Maus in den Krallen der Katze, — die ist ihrer Überwältigerin in einer absoluten Weise ausgeliefert, hier liegt alles beim Mächtigen und nichts beim Opfer. Wie steht es aber z. B. mit dem Bauern, welcher das Opfer von Kartoffelkäfern wurde? Versagen alle Bekämpfungsmittel, dann gibt es immer noch eine Möglichkeit: er pflanzt das nächste Mal statt Kartoffeln Rüben. Dann ist aber nicht der Bauer, dann sind die Kartoffelkäfer verloren. Das heißt, es liegt nicht alles beim Peiniger; der Kartoffelkäfer ist darauf angewiesen, daß der Bauer sich entschließt, Kartoffeln zu pflanzen. Dieser Entschluß liegt aber nicht im Willen des Peinigers, sondern im Willen des Opfers. Auch wenn jede äußere Bekämpfung unmöglich wird, ist das Opfer noch in einer tieferen Weise über seinen Peiniger mächtig.

Unser Fehler ist es, die Macht der Diktatur nach dem Bilde des Raubtieres statt nach dem Bilde des Schädlings zu denken

So übersehen wir die Kleinigkeit, daß der Staatsapparat nicht davon lebt, daß er die Menschen auffrißt — so sehr es auch danach scheinen mag —, sondern davon, daß sie ihm dienen. Sein Irrtum war es (und vielleicht ist es auch der unsrige), zu übersehen, daß hier seine eigene Macht begrenzt ist. Und zwar deshalb, weil dieser Dienst, ohne den er nicht leben kann, eines Minimums an Freiwilligkeit, eines Minimums an Spontaneität bedarf.

Was das praktisch bedeutet, soll am Beispiel zweier Wandlungen der Sowjetzonen-Politik gezeigt werden.

Wer im Frühjahr 1950 die Zone verlassen hatte und sie im Herbst wieder besuchte, den empfing ein völlig verändertes Bild. Was vorher noch getarnte Versuche waren, war jetzt zum offenen System geworden. Das zeigte sich am deutlichsten überall dort, wo zuvor noch so etwas wie Diskussion möglich gewesen war. Die Politik der Staatspartei stand nun gar nicht mehr zur Debatte, — etwa um wenigstens noch unter der *Maske* redlicher Ziele und sachlicher Berechtigung zu arbeiten. Sie war jetzt tabu erklärt und jeder Einwand, jeder Widerspruch wurde nicht einmal zum Schein mehr erlaubt. Alle Opposition in den sogenannten «bürgerlichen» Parteien war radikal ausgeschaltet und die Funktionäre wurden, unbekümmert um die Meinung der Mitglieder, nach dem Belieben der Gewalthaber eingesetzt. Entsprechend wurden die letzten harmlosen Varianten der nichtkommunistischen Presse «gleichgeschaltet». Der einzige reale Machtapparat der Zone, das Übersetzungsgerät Moskaus, nämlich das «ZK» — das Zentralkomitee der SED —, stand nicht mehr, der Öffentlichkeit verborgen, im Hintergrund, sondern gab nun ganz offen seine Anweisungen und Befehle. Und nicht etwa nur für das politische, sondern für das gesamte öffentliche Leben der Sowjetzone. Dieses wird seitdem nicht mehr nur radikal politisiert, sondern radikal sowjetisiert. Es gibt nun keinen Bereich mehr, bis zum Sport, ja bis zum Konzertsaal und zur Tanzmusik, der nicht von dem Apparat der Staatspartei beherrscht würde. Beherrscht — das heißt nun nicht bloß kontrolliert (auf irgendwelche «volksfeindliche Elemente»), nein, das heißt (bis in die kleinsten Details der Inhalte) überhaupt erst bestimmt. Es genügt jetzt nicht mehr, etwa aus einer Sportgruppe («Vereine» gibt es nicht mehr, sie sind automatisch in die FDJ übernommen worden) die sogenannten «undemokratischen Kräfte» auszuschließen, sondern jeder Einzelne muß in Versammlungen, durch Unterschriften, durch Ausübung politischer Ämter und andere Veranstaltungen sich laufend «aktiv» zur Staatspolitik bekennen. Der beliebte Tanzkapellmeister Kurt Henkels darf sich nicht etwa damit begnügen, die «imperialistische, kriegstreiberische amerikanische Sambamusik» aus seinem Programm zu streichen; — es wird ihm vielmehr auch vorgeschrieben, wieviele und welche

Beispiele aus der «friedliebenden und volksnahen» sowjetischen Unterhaltungsmusik er aufzunehmen hat. Und damit nicht genug, er wird auch unablässig aufgefordert, in der Öffentlichkeit seine «Meinung» über «Frieden» und «deutsche Einheit» zu bekunden. So und ähnlich geht es allen Persönlichkeiten, die in irgend einer Weise in der Öffentlichkeit stehen. In Schule und Universität ist es keineswegs damit getan, «faschistische» und antisowjetische Äußerungen zu vermeiden; nein, auch im Seminar über Goethe oder im Kolleg über Renaissance-Malerei sitzen SED-Spitzel, die jegliche «ideologisch» verdächtige Äußerung zu notieren haben.

Einen empfindlichen Mißerfolg ihrer Anstrengungen

mußten die Machthaber darin sehen, daß alle bisherigen Versuche, die Bevölkerung für die Teilnahme an der «Aufklärungs»-Arbeit zu gewinnen, an deren Interesselosigkeit gescheitert waren. So wurde die Einrichtung der «Schulung» von der Basis einer bis dahin immer noch gewissen Freiwilligkeit auf die Basis des Zwanges umgestellt. Die Einführung dieser allgemeinen «Schulung» ist vielleicht das typischste Kennzeichen dieser Periode. Von nun an gibt es keine vom Staat kontrollierte Arbeitsstelle in der Sowjetzone, wo nicht jeder Einzelne mindestens einmal in der Woche gezwungen wäre, an einer solchen «Schulung» teilzunehmen. Wenn man bedenkt, daß es nur noch wenige Privatbetriebe gibt, daß durch die MAS (die sog. «Maschinen-Ausleih-Stationen») auch die Landwirtschaft zum großen Teil verstaatlicht ist, daß alle größeren Kultur-Institute, Museen, Theater, Orchester von Staat oder Stadt verwaltet werden, dann bedeutet dies, daß vom Arbeiter und Studenten, von der Stenotypistin und Krankenschwester bis zum Professor und Künstler der größte Teil der Bevölkerung unmittelbar von den Klauen des Parteiapparates — hier nun im wahren Sinne des Wortes — «erfaßt» wird.

So weit das System. Was taten die Menschen? Das zeigte am klarsten der 15. Oktober 1950, der historische Tag der «Volkswahlen». An diesem Sonntag wollte der Staat seine Machtprobe geben. Die Vorbereitungen, die Propaganda — alles ließ deutlich spüren, wie dieser ungeheuerliche Vergewaltigungsakt die Ängstlichen von den Mutigen trennen und das Ausmaß sowie die Orte der stärksten Ablehnung erkennen lassen sollte. Dieser Versuch endete mit einem Fiasko: denn die Menschen hatten nun erfaßt, worauf es ankommt. Man ging nicht aus Angst, sondern aus Verachtung und vor allem ganz bewußt ins Wahllokal; die Zellen zu benutzen (was kontrolliert werden sollte) machte man nicht einmal den Versuch; wie einen stinkenden Lappen nahm man den Zettel mit den Fingerspitzen und ließ ihn in die Urne fallen. Über der ganzen Zone lag die Stimmung, die sich auf allen Gesichtern ausdrückte — eine eisige, aber gelassene Ruhe und hie und da erhellt von einem spöttischen Lächeln. In diesem Lächeln kündigte sich das Gefühl an, das nun immer stärker wird: das Gefühl einer endlichen Überlegenheit. Von diesem Tage begann die Zeit, in der zu dem gezwungenen Schweigen der Angst das bewußte Schweigen des Stolzes trat. Das Volk hatte *seine* Waffe erkannt, die Waffe, welche Schild und Schwert in einem ist, die Waffe des Schweigens.

Nun sollten sie kommen mit ihren Schulungsabenden und Schulungsvormittagen, man setzte sich hin, man nickte, man sagte ja und — schwieg. Nun sollten sie kommen mit ihren Unterschriftenlisten, man unterschrieb und — schwieg. Nun sollten sie ihre Versammlungen einberufen, man ging hin, ließ den Redner reden und — schwieg. Das Schweigen hieß nicht nur, daß man keine Antwort gab, es hieß auch, daß man gar nicht hinhörte. Man ging überall hin, wo es befohlen wurde, und ließ den Lärm über sich ergehen, man machte alles mit, sofern es nur der Propaganda diene — aber wirklich dabei war niemand.

Da erkannten die Machthaber mit Schrecken, daß sie gerade das Gegenteil dessen erreicht hatten, was sie planten: statt das ganze Volk zu «erfassen», faßten

sie jetzt überhaupt nichts mehr, sie redeten ins Leere, faßten ins Nichts. Zeugnis dafür ist die zweite Wandlung, die nun begonnen hat.

Die Einrichtung der «Schulung» wird beibehalten, aber ihr Charakter verändert sich.

Es wird eine raffinierte Kontrollmethode eingeführt.

Im offiziellen Jargon zu reden, die Schulungen sind jetzt «seminaristisch» abzuhalten. Der Schulungsleiter muß jetzt ständig Fragen stellen, es muß «diskutiert» werden; und dabei ist festzustellen, wie stark die Beteiligung ist und ob die «Aufklärung» Fortschritte gemacht hat. Wie in Schulklassen werden kleine und große Aufsätze geschrieben und in derselben Frist müssen der Gerichtsrat neben der Reinemachefrau zu Papier bringen, «Welches Ausmaß die Remilitarisierung in Westdeutschland erreicht hat» oder «Warum die Oder-Neisse-Grenze Friedensgrenze ist». Von den intelligenteren Teilnehmern, im Betrieb zum Beispiel die Ingenieure oder im Krankenhaus die Ärzte, muß einer nach dem anderen selber eine Schulungsstunde leiten, und wehe, wenn er dann zu seinem vorgeschriebenen Thema eines der vorgeschriebenen Argumente vergessen hat! Ein anderes Beispiel für diese neue Taktik: In der Schule werden nicht mehr ab und zu, sondern regelmäßig politische Aufsatzthemen gestellt und nicht mehr nur in den oberen, sondern auch in den unteren Klassen. So ist es durchaus normal, daß acht- und neunjährige Kinder erläutern müssen, «Warum die Sowjet-Union der einzige Garant des Friedens ist» oder «Wie die Freundschaft mit dem polnischen Volk zu festigen ist»; ferner liegt das Schwergewicht jetzt weniger auf den Schul- als auf den Hausaufsätzen und die Kinder werden nicht etwa gewarnt, sondern aufgefordert, sich von den Eltern helfen zu lassen. Auf dem Weg über das unschuldige, ahnungslose Gemüt des Kindes soll nun die Einstellung der Eltern kontrolliert werden. Es ist der letzte zynische Versuch, das Volk, welches sich immer weiter in der Dunkelheit des Schweigens und hinter der Tarnkappe passiven Mitmachens dem Zugriff der Machthaber entzieht, noch in der Verborgenheit des Privatlebens aufzuspüren.

All die Beispiele zeigen aber das eine: Der Staat sucht verzweifelt die Mitarbeit des Volkes

Er kann wohl Hunderttausende foltern, verschleppen und ermorden. Aber er kann nicht wagen, das Volk in seiner Substanz zu vernichten. Denn dann wäre er selbst verloren. Das Objekt der Macht zu liquidieren, würde der Macht selbst den Boden entziehen. Ketten und Foltern sind nur die hilflosen Werkzeuge, mit Gewalt zu erreichen, was auf die Dauer doch nur freiem Antrieb gelingen würde: aus dem Boden eines 18-Millionenvolkes Früchte zu ernten. Man sehe sich doch an, wie in der Industrie, in der Landwirtschaft, im Kulturleben, wohin man auch blicken mag, jeder Plan und jede Organisation ins Scheitern gerät. Planung, Kontrolle und Gewaltmaßnahmen werden immer mächtiger und ihre Ergebnisse immer dürftiger. Es ist ein *circulus vitiosus* zwischen dem Terror des Staates und dem Ausweichen der Menschen, neuem Terror und neuem Ausweichen. Aber diese Spirale hat ein Stadium erreicht, wo man nicht mehr weiß: ist die Angst bei den Opfern oder bei den Henkern größer? Faktisch sind die Opfer ohnmächtig und es triumphieren ihre Henker. Was aber wären die Henker ohne die Opfer? Sie wären nichts. Sie sind auf ihre Opfer angewiesen. Diese aber nicht auf ihre Henker (sie ersehnen ja ihre Befreiung). Diese endliche Unabhängigkeit erhebt sie über die Unterdrücker. Sie ist *ihre* Macht. Die Henker sind die Sklaven ihres eigenen Systems. Und es ist das Geheimnis, daß im tiefsten Grunde die Opfer freier sind als die Henker. Mir scheint, im Osten dämmert eine Ahnung von diesem Geheimnis; — und auf beiden Seiten.

Jan Wolff

Bericht aus London

«Warum denn wie mit einem Besen
Wird so ein König hinausgekehrt?
Wären's Könige gewesen,
Sie stünden alle noch unversehrt».

Das ist die Grabschrift, die der alte Goethe in seinen «Zahmen Xenien» den Monarchen des napoleonischen Zeitalters setzte. Seitdem hat der Besen unaufhörlich weiter gefegt und selbst Monarchen und Monarchien hinausgekehrt, die Goethe für unerschütterlich gehalten hätte. Er hat die Nachkommen der Monarchen, die sich zu seiner Zeit in der Heiligen Allianz vereinigt, ebenso getroffen wie den «Großen Ungläubigen», den türkischen Sultan, all der kleinen und kleinsten Potentaten nicht zu gedenken, die das Feld bedecken, wie umgestürzte Schachfiguren. Nur die Monarchie eines Großstaates ist in allem Wandel der Zeiten aufrecht geblieben, die englische, die Bismarck einst als ein bloßes Ornament verspottete. Die allgemeine tiefe Trauer und Teilnahme, die das ganze britische Volk in allen Teilen der Welt beim

Hinscheiden König Georgs VI.

ergriff, ist ein sprechender Beweis, daß diese Institution in seinem Herzen heute genau so lebendig ist wie in irgend einem Zeitalter der Vergangenheit.

Freilich hat sich das Bild, das die Menschheit sich von einem König, wie er sein soll, macht, im Laufe der letzten hundert Jahre sehr geändert. Man erwartet von ihm nicht mehr, daß er als ein großer Staatsmann seine Minister mit überlegener Weisheit leite — etwa wie Macaulay das Bild Wilhelms III. zeichnet —, geschweige daß er als ein genialer Feldherr nach dem Muster Friedrichs des Großen persönlich seine Heere zum Siege führe. Die Völker haben begriffen, daß es viel mehr der Charakter ist, der den König macht als die Talente. Es sind bürgerliche Tugenden, die man von ihm fordert, selbstlose Pflichttreue, Unparteilichkeit und Gerechtkeitsliebe, ein zugleich schlichtes und doch würdevolles Auftreten und vor allem die Fähigkeit, sich in die ganz eigenartige und fast paradoxe Position zu finden, welche die ungeschriebene Verfassung Englands ihm zuweist: der Höchste zu sein, vor dem alle sich beugen, und doch an Entscheidungen gebunden zu sein, die nicht er fällt, sondern seine Berater, die sich gleichwohl mit Recht «Seiner Majestät Regierung» nennen. Ob diese Regierung konservativ oder sozialistisch ist, — er muß ihren Vorschlägen seine Autorität verleihen, mag er sie im Herzen auch mißbilligen. Aus dem Briefwechsel der Königin Viktoria wissen wir, wie schwer es ihr oft gewesen ist, eine Vorlage ihrer Regierung zu genehmigen, und wie sie zuweilen gar die Opposition unter der Hand ermutigte. Auf Georg VI. ist nie auch nur der Schatten eines Verdachts gefallen, daß er je anders als vollkommen loyal gehandelt habe. Darin sind alle seine Minister ebenso einig wie in der bewundernden Anerkennung, daß er alle seine Kräfte stets restlos in den Dienst des Staates gestellt hat. Aber der König von Großbritannien ist noch weit mehr: das Haupt des Britischen Weltreichs und das einzige sichtbare verfassungsmäßige Band, welches es zusammenhält. Daß dieses, wie Churchill es genannt hat, «magische» Band eine politische Realität ist, haben Trauer und Huldigung in diesen Tagen gezeigt; sie waren aufrichtig und allgemein, auch in Indien, das sich eine Republik nennt.

Die innig bewegte Abschiedsrede, die

Winston Churchill

seinem dahingegangenen König gehalten, ist in der ganzen Welt gehört, gelesen und bewundert worden. Wenn man dies Meisterwerk von Wärme und Takt, von hohen

Gesichtspunkten und Schönheit und Treffsicherheit der Sprache hörte, mußte man an die Worte denken, die Cicero dem jungen Alexander von Mazedonien in den Mund legt: «O Du Glücklicher, der Du als Verkünder Deiner Tugenden einen Homer gefunden hast». Und wenn er der jungen Königin seine Huldigung darbrachte, so durfte man sie und England beglückwünschen, daß sie ihre ersten schweren Schritte unter der Leitung eines solchen Mentors tun kann. Man wird an den Regierungsbeginn der Königin erinnert, die vor hundert Jahren auf demselben Thron gesessen. Viktoria war noch mehrere Jahre jünger als Elisabeth II., und sie war vorher von einem halbnärrischen Greis und einer eifersüchtigen Mutter allen öffentlichen Geschäften fern gehalten worden. Da war es ihr Glück, daß der damalige Premierminister Lord Melbourne sie nach ihrer Thronbesteigung sorgfältig in all die Geheimnisse der englischen Verfassung und des politischen Lebens einführte. Melbourne war kein großer Staatsmann, aber ein kluger Mann von reichster Lebenserfahrung und — wie es einem Whig-Aristokraten geziemt — von Toleranz und ausgebreiteter Kenntnis auf vielen Gebieten des Geistes. Er nahm sich des jungen Mädchens fast mit väterlicher Liebe an und legte in zahllosen Unterredungen, die belehrten, ohne zu ermüden, die sichere Grundlage, auf der sie selbst und andere Berater weiterbauen konnten.

Königin Elisabeth II.

kommt dank der verständigen Voraussicht ihrer Eltern weit besser vorbereitet auf den Thron. Aber die Probleme, denen sie gegenübersteht, sind auch weit schwieriger und feuergefährlicher, und der Daseinskampf, den Großbritannien heute zu führen hat, ist gar nicht zu vergleichen mit der sicheren und unangefochten großen Stellung, deren es sich im 19. Jahrhundert erfreute.

Wenn wir an den jungen Prinzen denken, der Elisabeth als Gatte zur Seite steht, so erinnert uns eine andere Reminiszenz an den Wandel der Dinge. Als die Kaiserin Friedrich ihre Tochter Viktoria mit dem Fürsten Alexander von Battenberg verheiraten wollte, trat ihr das schroffe Veto ihres Sohnes, des späteren Wilhelms II., entgegen. Sein Hohenzollern-Stolz empörte sich gegen die Verbindung mit den «unebenbürtigen» Battenbergern. Heute ist ein Battenberger der Gemahl der Königin von England, und Englands künftige Könige werden nach menschlichem Ermessen Battenberger Blut in ihren Adern haben. Die Hohenzollern aber — wo sind sie heute?

Nach der feierlichen Beisetzung des Königs kehrt England zu den

Sorgen und Kämpfen des Alltags

zurück. Sein Tod hatte die Unterhausdebatte über die auswärtige Politik unterbrochen, bevor die Opposition ihr gegen Churchill persönlich gerichtetes Tadelsvotum wegen seiner Rede in Washington eingebracht hatte. Aber das Haus hat bereits die lahme Rede gehört, mit der Attlee diesen Antrag vorbereitete. Man konnte aus ihr nur den Schluß ziehen, daß er gewiß nicht seiner Initiative entsprungen, sondern ihm von dem linken Flügel seiner Partei, d. h. von Bevan, abgepreßt worden ist. Bevans Einfluß ist auch in der Kritik zu sehen, welche Labour an dem wirtschaftlichen Sparprogramm der Regierung übt.

Dies Programm ist noch nicht vollständig zu Tage getreten. Was man bisher kennt, sind, obwohl an sich wichtig, doch nur vorbereitende Schritte für das erste Budget, das der neue Schatzkanzler R. A. Butler vorlegen wird. Daß er den Tag dafür um einen vollen Monat vordatiert hat, zeigt, daß die Regierung die wirtschaftliche Krise nicht nur für überaus ernst, sondern auch für äußerst dringend hält. Die Steuerzahler können diesem Tage nur mit ernster Sorge entgegensehen,

denn sie zweifeln nicht, daß die Regierung ihre Ankündigung wahr machen und vor höchst unpopulären Maßnahmen nicht zurückschrecken wird. Niemand bestreitet ihre Notwendigkeit, aber jeder wünscht, daß der andere die Rechnung bezahle. Haben doch die Gewerkschaften bereits vorgeschlagen, die Einkommenssteuer in den Stufen zu steigern, in welche die große Mehrheit der Arbeiter nicht hineinfallen, aber die Subventionen für Nahrungsmittel, welche selbst die Arbeiter-Regierung in Grenzen halten wollte, weiter zu erhöhen.

Inzwischen bemüht sich die Labourpartei, den Anschein zu erwecken, als ob die bisher angekündigten Maßnahmen einen gegen die Arbeiterschaft gerichteten Klassencharakter hätten. Das fällt ihr nicht leicht; denn zahlreiche Eingriffe treffen offensichtlich in erster Linie andere Kreise als die Arbeiter. Man denke nur an die drastische Herabsetzung der Freigrenze für Auslandsreisen — die Debatte darüber füllt seit Wochen die Korrespondenz-Spalte der «Times» — und das Verbot der Einfuhr nicht absolut notwendiger Lebensmittel. Mit desto größerer Leidenschaft stürzt man sich daher auf jede noch so vorsichtige Antastung der Unentgeltlichkeit des

Health Service.

Bei der Einführung der Gebühr von einem Shilling für jedes Rezept kann die jetzige Regierung sich darauf berufen, daß schon ihre Vorgängerin sich dazu entschlossen hatte und daß ihr nur — offenbar unter dem Druck von Bevan — der Mut fehlte, sie durchzuführen. Wenn Bevan jetzt so tut als ob der Arbeiterschaft — die natürlich nur einen Bruchteil der Patienten darstellt — damit eine unerträgliche, ja «grausame» Last auferlegt werde, so braucht man sich nur folgende Zahlen zu vergegenwärtigen. Der Ertrag der Gebühr wird auf £ 12 Millionen im Jahr veranschlagt. Hingegen beträgt der Jahresverbrauch an Tabak 778, an Bier 488 und für Wetten 650 Millionen. Es wird wenige Fälle geben, wo der Patient die paar Shillinge für seine Rezepte nicht dadurch ersparen kann, daß er etwas weniger raucht, trinkt oder wettet. Etwas ernster steht es mit der Belastung für Zahnoperationen bis zur Höchstgrenze von einem Pfund. Das kann z. B. alten Leuten, die mit dem Pfund rechnen müssen, schwer fallen. Vielleicht wird sich hier noch ein Ausweg finden. Wichtiger aber ist die grundsätzliche Erwägung, daß man an diesem Beispiel sieht, wie schwer es ist, eine Wohltat rückgängig zu machen, die der Staat seinen Bürgern — und Wählern — einmal gewährt hat, ohne die Kosten zu bedenken. Hätte er zu der Zeit, als jeder seinen Zahnarzt allein bezahlen mußte, ihm die ein Pfund übersteigenden Kosten abgenommen, so würde das jeder als eine große Wohltat empfunden haben. Jetzt hingegen ist er nur allzu geneigt, ausschließlich das zu sehen, was ihm entzogen wird.

Erich Eyck

Bericht aus der Türkei

In unserem letzten Bericht («Schweizer Monatshefte», Oktober 1951) wurde die

Einbeziehung der Türkei in den Atlantikpakt

als wahrscheinlich bezeichnet. Inzwischen ist sie Tatsache geworden, und die türkische Republik hat bereits an der Tagung des Verteidigungsrates in Lissabon teilgenommen, und zwar, worauf hier größtes Gewicht gelegt wird, *als vollkommen gleichberechtigter Partner*. Gerüchtweise verlautete wiederholt — zuletzt im Zusammenhang mit der Amerikareise Churchills —, daß Großbritannien, das ja über-

haupt längere Zeit die Einbeziehung der Türkei nicht mit sehr freundlichen Augen betrachtete, den USA vorgeschlagen habe, die türkischen und griechischen Streitkräfte nicht dem Oberkommando *Eisenhowers* zu unterstellen, sondern im Rahmen des geplanten Middle-East-Kommandos zu verwenden. Es läßt sich heute sagen, daß, wenn solche Pläne wirklich ernsthaft bestanden haben sollten, sie auf keine Verwirklichung rechnen können. Die Türkei, das hat auch der neue amerikanische Botschafter *McGhee* in Ankara kürzlich erklärt, bildet einen politisch wie militärisch außerordentlich wichtigen Faktor im europäischen Sicherheitssystem, was freilich nicht ausschließt, daß sie — etwa bei der Beilegung des anglo-ägyptischen Streits — auch in Fragen, die den Nahen und Mittleren Osten berühren, als wohlmeinender Vermittler eine bedeutsame Rolle zu spielen vermag. Dabei wird das Land diese politischen Probleme ebenfalls in erster Linie unter einem europäischen, oder sagen wir besser: unter einem westlichen Gesichtswinkel betrachten, wie sich erst kürzlich wieder gelegentlich der bekannten Ereignisse in Ägypten, Persien, Syrien usw. zeigte.

Die russische Reaktion auf die jüngsten außenpolitischen Ereignisse

erfolgte schnell und in der vorauszusehenden Art und Weise. In der Zeit von November 1951 bis Ende Januar 1952 wurden der Türkei mehrere Noten überreicht, in denen die Sowjetunion heftig gegen den Beitritt zum Atlantikpakt protestierte und ihn als gegen sie gerichtete Aggressionshandlung bezeichnete. In seiner Antwort begnügte sich der Außenminister *Fuad Köprülü* nicht damit, diese Anwürfe zurückzuweisen und den ausgesprochen defensiven Charakter des Atlantikpaktes zu betonen, er hob vielmehr auch in Ruhe und Offenheit die in dem Verhalten der russischen Politik gelegenen Gründe hervor, die seine Regierung dazu bewogen hatten, sich dem europäisch-amerikanischen Verteidigungssystem anzuschließen.

Als ein weiteres außenpolitisch bedeutsames Ereignis ist der achttägige Staatsbesuch zu erwähnen, den der griechische stellvertretende Ministerpräsident und Außenminister *Venizelos* Ende Januar/Anfang Februar der türkischen Republik abstattete. Es darf vermutet werden, daß dieser Besuch nicht zuletzt dem Zwecke diente, gewisse Probleme zu erörtern, die sich für die beiden Länder durch ihren gleichzeitig erfolgten Beitritt zum Atlantikpakt ergeben haben. Die Aufnahme, die der griechische Staatsmann in Istanbul und Ankara fand, war außerordentlich warm und herzlich. Immer wieder wurde von beiden Seiten darauf hingewiesen, daß man den aufrichtigen Wunsch habe, die durch Atatürk und den Vater des jetzigen griechischen Ministers vor etwa 20 Jahren begründete Freundschaft, die an die Stelle einer langjährigen erbitterten Feindschaft trat, weiter auszubauen und zu befestigen.

In innenpolitischer Hinsicht

ist zu bemerken, daß auch in den vergangenen sechs Monaten wiederum gewisse Veränderungen in der personellen Zusammensetzung des Kabinetts *Menderes* erfolgten. So wurden u. a. der Justiz-, der Innenminister und der Minister für Staatsbetriebe ausgewechselt, wofür jeweils weniger grundsätzliche politische Meinungsverschiedenheiten als vielmehr persönliche Ungeschicklichkeiten der zurückgetretenen Minister maßgebend waren. Es ist nicht unmöglich, daß auch der Finanzminister in nächster Zeit sein Amt wird niederlegen müssen. Der Kurs der demokratischen Regierung wird jedoch von all dem in keiner Weise berührt, sondern nach wie vor von den drei führenden Männern: *Menderes*, *Köprülü* und dem stellvertretenden Ministerpräsidenten *Samed Agaoglu* bestimmt, neben denen auch der jetzige Innenminister *Fevzi Lutfi Karaosmanoglu* sich eines großen Einflusses erfreut. Die Opposition, und das heißt im wesentlichen: die Volkspartei, versucht zwar gelegentlich,

in Parlament wie Öffentlichkeit mehr oder minder berechtigte Angriffe und Kritiken gegen das neue Regime vorzutragen, doch spricht alles dafür, daß die Demokraten nach wie vor jene starke Mehrheit von Anhängern im Lande besitzen, die ihnen vor fast zwei Jahren an die Macht verhalf.

Dabei ist es nicht so, als ob nun (wie das gelegentlich offiziell behauptet wird) bereits alle Wahlversprechungen realisiert worden wären. Es sind aber zwei Dinge, die auf das Aktivkonto der demokratischen Regierung gebucht werden, nämlich einmal die unbestreitbaren *außenpolitischen Erfolge* und zum andern *wirtschaftliche Fortschritte*, für deren politische Beurteilung es ziemlich gleichgültig ist, daß sie weitgehend mittels umfangreicher amerikanischer Hilfen verwirklicht wurden.

Allen Ausländern — insbesondere denen, die das Land schon von früher her kennen — fällt in der Tat auf, daß sich

die türkische Wirtschaft in einem ausgesprochenen Aufschwung

befindet, von dem alle Wirtschaftszweige profitieren. Das gilt nicht zuletzt auch für die Landwirtschaft, die weitgehend dank der Marshall-Plan-Hilfe sich in einem noch vor wenigen Jahren für unmöglich gehaltenen Zustande des «development» befindet. Was nach großstaatlichen Maßstäben als recht bescheiden gelten mag — eine «direkte Hilfe» von rund 50 Millionen Dollar, wovon etwa 70% auf Traktoren sowie landwirtschaftliche Maschinen und Geräte entfallen —, hat in der türkischen Landwirtschaft eine ungeheure Anstoßwirkung erzeugt, und ein zweiter höchst bedeutsamer Entwicklungsfaktor ist *der Bau eines modernen Straßennetzes*, der trotz mancher Schwierigkeiten rüstig voranschreitet und viele Dörfer zum ersten Male in regelmäßige Berührung mit Markt und Stadt bringt, was natürlich auch in politischer und geistiger Hinsicht nicht zu unterschätzende Konsequenzen haben wird. (Die Marshall-Hilfe für Straßenbauzwecke betrug bislang rund 20 Millionen Dollar.)

Die Entwicklung der Landwirtschaft steht in wechselseitiger Beziehung zu der von Industrie und *Außenhandel*. Noch liegen die endgültigen Jahresziffern für letzteren nicht vor, aber wenn aus den verfügbaren Ziffern für die ersten zehn Monate des vergangenen Jahres schon Schlüsse gezogen werden dürfen, so läßt sich sagen, daß Ein- wie Ausfuhr wiederum beträchtlich zugenommen haben, wobei allerdings vermutlich ein gewisses Handelsbilanzdefizit verbleiben wird. Beachtenswert ist, daß Deutschland 1951 wieder einen ähnlich überragenden Platz im türkischen Außenhandel einzunehmen begonnen hat, wie es ihn vor dem Kriege besaß. In der Tat steht die Westdeutsche Bundesrepublik nunmehr wieder — vor den USA — an erster Stelle unter den Kunden der Türkei, und zugleich ist sie der bei weitem wichtigste Lieferant des Landes geworden. Ein längerer Besuch Minister *Ehrhards*, den der türkische Wirtschaftsminister *Muhlis Ete* im November erwiderte, wurde allgemein als Auftakt zu einer weiteren Verstärkung der deutsch-türkischen Handelsbeziehungen gewertet, wie sie jetzt durch Abschluß eines neuen Handelsabkommens auch formell gesichert werden soll.

Entsprechend den im Programm der demokratischen Partei festgelegten Richtlinien will die Regierung eine so weit wie möglich

liberale Wirtschaftspolitik

verfolgen. Das bedeutet nun freilich, wie schon früher an dieser Stelle dargelegt, nicht, daß der Staat seine großen Fabriken etwa auf dem Gebiete der Textil- und der Schwerindustrie privatisieren würde, wohl aber versucht man, die Industrialisierung künftig mehr als früher der Initiative privater Unternehmer und Kapi-

talisten zu überlassen. Dabei leistet die — z. T. durch die Internationale Wiederaufbaubank finanzierte — Türkische Industriebank wertvolle Dienste. Es muß jedoch bemerkt werden, daß vermutlich die im sog. Barker-Bericht vertretene Ansicht, nach der die Grundlage der türkischen Industrieentwicklung zu einer rationalisierten Landwirtschaft zu erblicken ist, zutrifft. (Der fragliche Bericht wurde Mitte 1951 von einer unter Vorsitz von *Barker* und Prof. *Ratchford* stehenden amerikanischen Sachverständigen-Kommission erstattet, die im Auftrage der Internationalen Bank monatelange intensive Studien im Lande betrieb.) Zuzustimmen ist auch den weiteren Empfehlungen der Baker-Mission, nachdrücklichen Wert auf eine bessere Ausnutzung der vorhandenen Menschen- und Naturkräfte zu legen sowie für eine bessere Planierung und Koordination der öffentlichen Investitionen Sorge zu tragen. Dieser Gedanke wurde kürzlich von mehreren Mitgliedern der demokratischen Parlamentsfraktion aufgegriffen, doch stellte sich demgegenüber der Wirtschaftsminister auf den Standpunkt, eine umfassende Planierung sei mit den liberalen Grundprinzipien der demokratischen Wirtschaftspolitik nicht wohl zu vereinbaren. Faktisch zeigt jedoch das Beispiel zahlreicher anderer Staaten, namentlich auch der USA, daß unter den heutigen Verhältnissen eine freiheitliche Wirtschaftspolitik gewisse *allgemeine* Planungs- und Lenkungsmaßnahmen nicht ausschließt, ja sogar in vieler Hinsicht notwendig macht.

Das in unserem letzten Bericht erwähnte *Gesetz zur Förderung des Kapitalimports* beginnt bereits hier und da seine Wirksamkeit zu erweisen. So kam es vor kurzem zur Gründung einer großen Baumwollentkörnungsanlage, an der *schweizerisches Kapital* maßgebend beteiligt ist, und *auch deutsches Kapital* beginnt für gewisse Investitionen Interesse zu zeigen. Ob diese Entwicklung größere Bedeutung erlangt, wird weitgehend davon abhängen, in welchem Geist der unter der Leitung des türkischen Zentralbankpräsidenten stehende Ausschuß seine Entscheidungen treffen wird, der gesetzlich mit der Durchführung der mit Auslandsinvestitionen zusammenhängenden Fragen betraut ist.

Abschließend sei noch erwähnt, daß entgegen gewissen Befürchtungen, die man zu Beginn des laufenden Finanzjahrs hegen mußte,

die Budgetlage

sich durchaus befriedigend entwickelt hat, wozu gewiß der Konjunkturaufschwung weitgehend beigetragen hat. Die ersten Ergebnisse der neuen Einkommenssteuer freilich waren enttäuschend, die Hinterziehungen so hoch, daß die Regierung sich etwas überstürzt zur Einführung außerordentlich weitgehender Strafbestimmungen entschloß. Der Ausfall an Einkommenssteuer wurde aber voll wettgemacht durch Mehreinnahmen aus Verbrauchsabgaben, und es steht zu erwarten, daß auch das laufende Budget, ungeachtet gewisser Steuerermäßigungen, einen echten Ausgleich finden wird.

Trotzdem ist *ein gewisser «Inflationsdruck»* auch in der Türkei zu spüren, doch ist bislang die Steigerung der Lebenshaltungskosten im Vergleich zu der in den meisten anderen Ländern relativ bescheiden geblieben. Wenn trotzdem der freie Kurs des türkischen Pfundes seit einigen Monaten eine auffallende Schwäche zeigt, so hängt das wohl weniger mit Infaltionsfurcht als mit einigen anderen Momenten zusammen. Unter diesen dürfte die (z. T. aus Steuerscheu sich erklärende) Kapitalflucht eine größere Rolle spielen, und daneben ist zu bedenken, daß der türkische Bauer, der ein ungewöhnlich gutes Erntejahr hinter sich hat, einer jahrhundertalten Tradition folgend in erheblichem Maße Gold zu Thesaurierungszwecken gekauft hat, was eine Hausse des Goldpreises hervorrief, die ihrerseits die «schwarzen» Devisenkurse beeinflusste. Es steht jedoch zu erwarten, daß diese Bewegung demnächst wieder zum Stillstand kommen wird.

Abschließend ist nach allem zu sagen, daß die Türkei wirtschaftlich wie politisch-militärisch einen Widerstandsfaktor ersten Ranges darstellt, dessen Bedeutung von den Großmächten voll gewürdigt wird. Die Weitsichtigkeit und Stabilität der Außenpolitik, welche die Republik in den letzten 10—15 Jahren verfolgt hat, in Verbindung mit der Tatsache, daß die enge Kooperation mit dem Westen und speziell mit den Vereinigten Staaten auf einer echten Interessengemeinschaft beruht, dürfte eine Garantie dafür bilden, daß die gleiche Politik auch in Zukunft unverändert fortgeführt werden wird.

Militärische Umschau

Der Aufbau der indischen Streitkräfte

Bei der heutigen Weltlage kommt der politischen Haltung Indiens besondere Bedeutung zu. Es ist daher auch wichtig, über den Aufbau seiner Streitkräfte orientiert zu werden. Einem uns zur Verfügung gestellten Bericht von *R. C. Athana* vom *indischen Auswärtigen Amt* entnehmen wir folgende Angaben:

Das bedeutsamste Ergebnis, welches die neuerworbene Stellung Indiens als unabhängiger Staat mit sich gebracht hat, ist die Änderung in den Beziehungen der bewaffneten Streitkräfte zum Volk. Heute stehen sich beide bedeutend näher als je zuvor in der Geschichte des Landes. Während Indien den Verteidigungskräften die erforderlichen Summen zur Verfügung stellt, ihre Arbeit anerkennt und ihnen Verständnis entgegenbringt, sind diese nicht weniger bemüht, das Wohlergehen des Volkes zu fördern. Dies trat klar in ihrer bereitwilligen Hilfe zu Tage, als aus verschiedenen Unglücksgebieten Hilferufe ertönten. Ob es sich nun um die von Erdbeben verwüsteten Gebiete Assams, oder das von Überschwemmungen heimgesuchte Punjab, oder um irgendwelche andere in Not befindliche Gegenden handelte, die Truppe war an Ort und Stelle, um die Leiden mildern zu helfen. Sie bekämpfte den Lebensmittelmangel, indem sie mehr erzeugte und weniger verbrauchte. Sie bekämpfte die Heuschreckenschwärme, um die Ernte zu retten und die Hungersnot, indem sie bei der Kornverteilung mithalf.

Gleichzeitig mit dieser Änderung in der gegenseitigen Einstellung entwickelte sich die Nationalisierung der bewaffneten Streitkräfte, das heißt die Übernahme der Befehlsgewalt durch indische Offiziere. Für die Armee war dies keine schwierige Aufgabe, und es dauerte nicht lange, bis sämtliche Kommandostellen mit Indern besetzt waren. Bei der Flotte und der Luftwaffe mußte die Entwicklung, den Voraussetzungen entsprechend, langsamer sein, doch werden auch hier Jahr für Jahr Fortschritte auf das Ziel der völligen Nationalisierung hin gemacht. Die kürzlich erfolgten Umbesetzungen im Flottenkommando, wobei indische Offiziere, sowohl zur See als auch an den Küsten, jetzt eine ganze Anzahl von Schlüsselpositionen innehaben, bilden einen Teil der geplanten Entwicklung, die vielleicht schon bald zum Abschluß gebracht werden kann.

Betrachtet man aber die Entwicklung der indischen Streitkräfte von anderen Gesichtspunkten aus, kann man feststellen, daß mehr Gewicht auf die Konsolidierung des Erreichten als auf Erweiterung gelegt wird. Zwei Faktoren zwingen Indien dazu: Die Notwendigkeit größter Sparsamkeit und maximaler Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel für den Aufbau des Staates. Sodann die in einer offiziellen Erklärung festgelegte Politik Indiens, wonach die bewaffneten Streit-

kräfte in erster Linie zur Verteidigung des Landes und für die innere Sicherheit unterhalten werden.

Hier ist ein Wort der Erläuterung am Platze. Wenn Indien seinen Streitkräften eine defensive Rolle zuweist, denkt es nicht daran, seine in Jahrhunderten erworbenen kriegerischen Fähigkeiten schwinden zu lassen. Es ist dafür gesorgt, keinen Augenblick vergessen zu können, daß die letzte Bestimmung und die eigentliche Aufgabe der Kampf zur Verteidigung des Landes ist, welche Aufgaben auch immer in Friedenszeiten zu erfüllen sind. Ausbildung, Ausrüstung und Truppengeist sind auf der Notwendigkeit gegründet, die Streitkräfte für ihre Aufgabe vorzubereiten. Indien setzt sich für den Frieden ein. Sollte ihm aber dessen Störung aufgezwungen werden, muß es bereit sein, ihr entgegenzutreten. Zu diesem Zweck braucht Indien starke, tüchtige und gut ausgerüstete Streitkräfte. In diesem Zusammenhang zeigt sich die Notwendigkeit der Konsolidierung des Vorhandenen.

Ausbildung und Ausrüstung

Die wichtigsten Voraussetzungen für den Aufbau einer schlagkräftigen Armee sind richtige Ausbildung und Ausrüstung. Indien hat im Laufe der letzten vier Jahre große Anstrengungen gemacht, um diese Vorbedingungen zu erfüllen, und es ist dabei schon viel erreicht worden. Bei der Ausbildung der Armee und der Luftwaffe hat sich Indien von äußeren Einflüssen bereits völlig unabhängig gemacht; bei der Marine hofft man, etwa innerhalb von zwei Jahren die gesamte Ausbildung selbst in Händen zu haben. Die Ausbildungszentren, in denen man wenigstens teilweise versucht, neue Wege einzuschlagen, haben die Aufmerksamkeit einiger Nachbarländer auf sich gezogen, die nun Gruppen von Offizieren zum Studium der indischen Methoden abgeordnet haben.

Während die Offiziere der drei Wehrmachtsteile eine gemeinsame Ausbildung vorerst an der Nationalen Militärakademie in Dehra Dun genießen, vermittelt die Schule für Staboffiziere in Wellington (Südindien) Kurse über Militärwissenschaft, Taktik und Strategie, in denen die Zusammenarbeit unter den Offizieren der verschiedenen Wehrmachtsteile weiterhin gefördert wird. Das Ziel der Schule für Staboffiziere ist die stetige Versorgung der drei Wehrmachtsteile mit gutausgebildeten Offizieren, die befähigt sind, mittlere, hohe und höchste Kommandoposten zu übernehmen.

Auf dem Gebiete der Ausrüstung war die Entwicklung viel schwieriger und langsamer. Da die heutige Bewaffnung immer komplizierter wird, die finanziellen Mittel aber beschränkt sind und nur eine begrenzte Zahl ausgebildeter Arbeiter zur Verfügung steht, erfolgte die Entwicklung bei weitem nicht so rasch, wie dies wünschenswert gewesen wäre. Allerdings haben verschiedene Fabriken zur Herstellung von Waffen und anderem Kriegsmaterial ihre Produktion aufgenommen. Es sind auch Maßnahmen ergriffen worden, welche die dauernde Versorgung dieser Fabriken mit ausgebildeten Arbeitern sicherstellen werden.

Die Territorialarmee

Auf Grund der Tatsache, daß eine große, gut ausgerüstete und gut ausgebildete stehende Armee, die allen Erfordernissen der wirksamen Landesverteidigung gewachsen wäre, eine allzu große Belastung für die finanziellen Mittel des Landes bedeuten und überdies große Arbeitskräfte von anderen notwendigen und nützlichen Beschäftigungen ablenken würde, hat die indische Regierung im Jahre 1948 die Territorialarmee geschaffen, die als Reserve ausgebildeter Mannschaften im Notfall zum Dienst einberufen werden kann. Für Indien war eine Territorialarmee etwas

ganz Neues. Anfänglich hatte man deshalb mit Schwierigkeiten zu kämpfen, um die erforderliche Zahl von Mannschaften für diese neugeschaffene Einrichtung zu erhalten. Im Laufe der Zeit sind jedoch Ziele und Zweck der Territorialtruppen besser bekannt geworden, und die Nation begann die Wichtigkeit deren Rolle im Gesamtbild der Landesverteidigung zu begreifen. Eine große Zahl von Einheiten ist heute im ganzen Lande bereits ausgehoben worden und hat eine gründliche Ausbildung genossen.

Bei der Bildung dieser neuen Organisation von Soldaten, die nur vorübergehend Dienst tun, hat man immer daran gedacht, daß diese Reserve im Notfall ein Reservoir für alle Waffengattungen sein müsse. Deshalb ist sie in ihrer Zusammensetzung ebenso vielfältig wie die reguläre Armee. Ihre bei der Erschaffung umschriebene Aufgabe ist, die reguläre Armee zu ersetzen und einen Teil ihrer Aufgaben zu übernehmen, wie zum Beispiel die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit, die Verantwortung für Fliegerabwehr und Küstenverteidigung und die Unterstützung der Zivilbehörden bei der Aufrechterhaltung von Gesetzlichkeit und Ordnung im Staate.

Das Nationale Kadettenkorps

Eine weitere Organisation, die zwar nicht direkt zu den bewaffneten Streitkräften zählt, wurde mit der Absicht geschaffen, der Jugend des Landes die Grundbegriffe militärischer Ausbildung beizubringen und sie so auf eine Laufbahn in der Wehrmacht vorzubereiten. Ein weiteres Ziel besteht darin, jene, die eine zivile Laufbahn vorziehen, zu besseren Staatsbürgern zu erziehen, indem ihnen im Nationalen Kadettenkorps Disziplin und Verantwortungsgefühl eingepflegt werden. Es ist sogar eine besondere Abteilung für Mädchen geschaffen worden. Die kürzlich erfolgte Angliederung von vier Flugeinheiten bildet eine wichtige Erweiterung des Kadettenkorps. Später soll auch eine Flotteneinheit dazukommen.

Die Indische Flotte

Anfänglich bestand die Flotte nur aus einigen kleineren Booten. Heute umfaßt die indische Marine einen Kreuzer, eine Zerstörerflottille, eine Fregattenflottille und eine Flottille von Minenräumbooten. Dazu kommt noch eine Anzahl von Hilfsfahrzeugen. Für ein Land von der Größe Indiens und einer Küstenlänge von nahezu 5000 km scheint diese Seemacht wohl ungenügend. Man darf aber nicht vergessen, daß die Entwicklung der Marine naturgemäß viel mehr Zeit beansprucht und von den finanziellen Mitteln abhängt, die für diesen Zweck geopfert werden. Vorläufig schenkt die Marine ihre ganze Aufmerksamkeit der weiteren Konsolidierung des bereits Vorhandenen und der Vervollkommnung ihrer Schlagkraft mit den gegebenen Mitteln.

Die Flotte betätigt sich ferner als Übermittlerin des guten Willens und der freundschaftlichen Gesinnung. Im Laufe des vergangenen Jahres führte sie vier große Fahrten durch und besuchte Iran, Irak, Arabien, Ostafrika und Madagaskar. Überall wurde sie herzlich willkommen geheißen, und überall beglückwünschte man sie zu ihrer Tüchtigkeit und lobte die gute Haltung ihrer Offiziere und Mannschaften. — Bei all' diesen Fahrten, die in erster Linie eine Erfüllung von Repräsentationspflichten bildeten, wurde großes Gewicht auf die Ausbildung von Offizieren und Mannschaften auf hoher See gelegt. Um ihre Aufgaben voll erfüllen zu können, muß die Flotte auch Übungen außerhalb der Heimatgewässer durchführen. Es fanden aber auch viele Übungen im Indischen Ozean statt, und zwar mit Schiffen des Ostindischen Geschwaders und Flugzeugen der Royal Air Force Coastal Command und der indischen Luftwaffe.

Die Luftwaffe

Die jüngste der drei Wehrmachtsabteilungen, die indische Luftwaffe, ist heute etwas über 18 Jahre alt. In dieser kurzen Zeit ist es ihr gelungen, sich zu einer Macht zu entwickeln, die zwar, mit westlichen Maßstäben gemessen, in ihrem Umfang noch ziemlich klein ist, aber trotzdem gut ausgeglichen und diensttüchtig ist.

Bald nach der Teilung Indiens, als die Luftwaffe einen erheblichen Teil ihrer Ausrüstung, ihrer Ausbildungsanlagen und permanenten Einrichtungen an Pakistan abtreten mußte, steckte sie sich das Ziel, den Verlust durch eine vollständige Reorganisation, Neuausrüstung und Konsolidierung ihrer Dienste zu ersetzen. Um dieses Ziel erreichen zu können, mußte sie auf dem Gebiet der Ausbildung des Flugpersonals, des technischen Personals und der Bodenmannschaften die völlige Unabhängigkeit erlangen. Im Laufe der letzten vier Jahre ist ihr dies gelungen, nachdem folgende Institute ihre Arbeit aufgenommen hatten: die Schule für technische Ausbildung, die Akademien für Flugausbildung und Ausbildung des Bodenpersonals, ein Ausbildungsinstitut für Fallschirmtruppen und Navigatoren, ein Ausbildungszentrum für Fluginstruktoren und verschiedene andere Schulen für technische und andere Spezialisten. Ein Projekt für ausgedehnte Bauten, welches anfangs 1950 zur Ausführung kam, soll permanente Quartiere für verschiedene Einheiten mit strategischen und statischen Funktionen schaffen. Die Ausführung dieses Projekts macht befriedigende Fortschritte. Moderne Düsenflugzeuge und Radarhilfsmittel ergänzen die Ausrüstung der strategischen und technischen Einheiten. Kürzlich ist ein Waffenübungslager eingerichtet worden, in dem jedes Geschwader der ersten Linie der indischen Luftwaffe während einer bestimmten Zeit Schießübungen mit Bordgeschützen machen muß, wobei der Kampf zwischen einzelnen Maschinen und der Kampf von Flugzeugen gegen Bodenziele eingeübt wird. Es sind somit alle notwendigen Schritte unternommen worden, um die Luftwaffe zu stärken, zu modernisieren und flugtüchtig zu erhalten. In diesem Flugzeitalter kann die indische Luftwaffe mit Vertrauen in die Zukunft blicken. Sie darf auch hoffen, so stark ausgebaut zu werden, daß sie der Größe, den Bedürfnissen und den finanziellen Mitteln des Landes entspricht.

Miles